

Das Volk ist  
das historische Subjekt  
der Wiedervereinigung

## Die deutsche Einheit – ihre Früchte und ihr Preis

Hans Joachim Meyer

„Die Früchte der Einheit“ und „der Preis der Einheit“ – das sind zwei Themen, die meist getrennt, wenn nicht sogar gegeneinander behandelt werden. Beides gehört jedoch zusammen.

Vor zwanzig Jahren wurden die Deutschen wieder in einem gemeinsamen Staat vereint. Die Trennung Deutschlands in zwei Teile, die zu gegnerischen Welten gehörten, hatte bereits 1945 begonnen und sich dann immer mehr verschärft und verfestigt. Die Sowjetunion, die vom nationalsozialistischen Deutschland überfallen worden war, hatte maßgeblichen Anteil am Sieg der Alliierten und an dessen Resultat. Nun bestimmte sie in dem von ihr besetzten Teil Deutschlands, welche Art von Befreiung aus der Niederlage der Hitlerdiktatur folgen sollte. Es waren allein die militärische Präsenz der Sowjetunion und der politische und ideologische Herrschaftswille ihrer Führung, welche verhinderten, dass bereits nach dem Krieg ganz Deutschland den Weg zu einer freiheitlichen Demokratie und zu einer Sozialen Marktwirtschaft hätte gehen können.

Die sich daraus entwickelnde deutsche Spaltung schuf einen Zustand, der im Widerspruch stand zum Gang der deutschen Geschichte wie zu den Entwicklungstrends der Gegenwart. Im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation waren, wenn auch im Vergleich zu Frankreich und England verzögert, die Elemente einer Nation herangereift. Das neunzehnte Jahrhundert war dann in Deutschland von der Hoffnung be-

stimmt, die staatliche Einheit durch eine freiheitliche Verfassung zu begründen. Darauf war die Reichseinigung unter preußischer Führung im Jahre 1871 zwar nur eine unvollkommene Antwort, aber seit 1918 war Deutschland eine demokratische Republik. Trotz der tiefen politischen Zerklüftungen der Weimarer Zeit blieb die nationale Einheit eine Selbstverständlichkeit. Und auch der Untergang der Weimarer Republik und die rassistischen und nationalistischen Exzesse ihrer Feinde waren für die allermeisten deutschen Nazigegner kein Grund, diese in Frage zu stellen.

### „Rettung“ und Leugnung der Nation

Wer also nach 1945 aus der deutschen Einheit aussteigen wollte, der musste diese Absicht entweder leugnen und verschleiern oder aber zu ideologischen Konstruktionen greifen, die im Gegensatz zur Realität standen. Das zeigt der Umgang der SED mit dem Begriff der Nation. Zunächst warf sie sich zur Verteidigerin der nationalen Einheit auf, die von der amerikahörigen Adenauerclique bedroht sei, dann erfand sie die sozialistische deutsche Nation in der DDR, die sich von der kapitalistischen deutschen Nation in der Bundesrepublik wie Feuer von Wasser unterscheide. Der Übergang vom Anspruch auf die Rettung der Nation zu deren Leugnung fiel zeitlich mit dem Bau der Mauer in Berlin und dem Ausbau der Demarkationslinie zu einer unüberwindbaren Grenze zusammen. Das stand in einem eklatanten Gegensatz zur Entwick-

lung im westlichen Europa, welche die staatlichen Grenzen immer durchlässiger machte. Das DDR-Grenzregime war also in einem doppelten Sinne Ausdruck von Anormalität. Dem entsprach, dass die Staatshymne der DDR während vieler Jahre nicht mehr gesungen wurde, weil sie die nur anfangs erwünschte Zeile enthielt „Deutschland, einig Vaterland“. Mit ebendieser Liedzeile entlarvten im revolutionären Herbst von 1989 Demonstranten in der DDR den Widersinn der Spaltung.

### Geistiges Überleben und „postnationales“ Staunen

Die wichtigste Frucht der Einheit ist also, dass Menschen gleicher Sprache, Kultur und Geschichte, weil sie dies wünschen, wieder in einem gemeinsamen Staat zusammenleben. Man könnte auch meinen, nach 45 Jahren erzwungener Trennung sei die Realität einfach wieder in ihr Recht eingesetzt worden. Das ignorierte jedoch den Unterschied zwischen der Wirklichkeit von 1945 und der von 1990, nicht zuletzt in Bezug auf die Haltung zur Nation und ihrer Einheit. Im Osten Deutschlands grenzte für ein Vierteljahrhundert die Rede von der deutschen Einheit an Hochverrat. Aber gerade weil die DDR, wie Günter Kunert schrieb, „das Land mit dem fehlenden nationalen Adjektiv“ war, wurde für viele dort das Festhalten an deutscher Sprache und Kultur zu einer Sache des geistigen Überlebens. In der Bundesrepublik dagegen wurde es immer mehr zu einem Akt der Selbstbefreiung und zum Ausweis von Weltbürgerlichkeit, zu allem Deutschen auf kritische Distanz zu gehen. Der Wunsch nach Einheit galt vielen nicht nur als realitätsfern, sondern als friedensgefährdend und revanchistisch. Man trug nicht nur „postmodern“, sondern auch „postnational“ und sah mit mitleidigem Staunen auf Menschen und Völker, denen das Nationale noch wichtig war.

Auch der Umgang mit der deutschen Schuld und den nationalsozialistischen Verbrechen unterschied sich ganz wesentlich. In der DDR galten statt des unbedingten Respekts vor den Menschenrechten die Kategorien des Klassenkampfes. Darum war dort auch das Einfordern antifaschistischer Haltung ein Disziplinierungsmittel für den Sozialismus. Auch deshalb lebten nach 1990 rechtsextremistische Neigungen im Osten wieder auf, ohne dass dieser bösartigen Gefahr entschieden genug entgegengetreten wurde. Ganz anders die Entwicklung in der Bundesrepublik. Dort hatte man zunächst zu lange geglaubt, die Zeit von 1933 bis 1945 als eine Art Betriebsunfall der deutschen Geschichte behandeln zu können.

### Zwischen Schuldbewusstsein und Progressionsstreben

Erst in den Sechzigerjahren setzte sich die Erkenntnis durch, wie notwendig es ist, sich intensiv und notfalls auch schmerzhaft mit der deutschen Schuld dieser Jahre auseinanderzusetzen und deren Voraussetzungen in der deutschen Vergangenheit nachzuspüren. Allerdings wurden daraus nicht selten auch eine vergiftete Waffe in der innenpolitischen Auseinandersetzung und ein wirksamer Treibsatz zur Beförderung der Individualisierung. Diesem Land sich nicht verpflichtet zu fühlen erhielt fast so etwas wie Bekenntnisstatus. Dem entsprach wiederum der Umgang mit der deutschen Geschichte. Die Farben Schwarz-Rot-Gold als Fahne der deutschen Demokratie zu achten galt vielen als nationalistische Absonderlichkeit. Die Bundesrepublik, so wurde allen Ernstes verlangt, könne nur in der Schuld von Auschwitz gründen. Wer sich pauschal gegen die deutsche Geschichte wendet, will eben auch deren Freiheits- und Humanitätstradition nicht wahrhaben. Dagegen berief sich die DDR-Führung ständig, wenn auch keineswegs stetig, auf progressive Traditionen der deutschen

Geschichte und manipulierte diese hemmungslos, je nach politischem Bedarf.

Wie beeinflusst nun all dies das Selbstverständnis der wiedervereinten Nation? Natürlich dominieren die Traditionen der alten Bundesrepublik. Zwar verstummten angesichts der unerwarteten Wendung der Geschichte die meisten Einheitsgegner, doch hörte man bald hysterische Warnungen vor der Gefahr eines neuen Wilhelminismus, den die Berliner Republik heraufbeschwöre.

### Verantwortung und Selbstachtung

Tatsächlich ist Deutschland von solchen Verirrungen weit entfernt, doch was es heute über sich denkt und von sich hält, ist höchst widersprüchlich. Einerseits ist unverkennbar, dass sich im Blick auf uns selbst und im Umgang mit nationalen Symbolen ein entspanntes und unverkrampftes Verständnis auszubreiten beginnt, dem Auftrumpfen fernliegt. Zugleich sehen viele den Zuwachs Deutschlands an internationalem Gewicht eher mit Missbehagen. Sie haben Angst vor der Last der daraus folgenden Verantwortung. Vor allem aber haben im Westen die vielen Jahrzehnte fast schon habitueller Distanz zu allem, was mit Deutschland zusammenhängt, zu einem erschreckenden Verlust an sprachlicher Selbstachtung und zu einer ungehemmten Bereitschaft zur geistigen Selbstentzignung geführt, insbesondere bei der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Elite. Der sich immer weiter verstärkende Abschied von der deutschen Sprache gefährdet unsere kulturelle Zukunftsfähigkeit. Bisher haben sich die Deutschen die wichtigste Frucht der Einheit, nämlich eine normale westliche Nation zu sein, also noch nicht wirklich zu eigen gemacht. Und einige wollen sie offenbar nicht einmal kosten.

Die Einheit der Deutschen wurde nur möglich, weil die Menschen im Osten dafür eine wesentliche Voraussetzung er-

rungen hatten: ihre Freiheit zur Selbstbestimmung. Schon das Grundgesetz hatte sich zur Einheit in Freiheit bekannt und darin die geschichtliche Hoffnung der Deutschen gesehen. Im revolutionären Herbst des Jahres 1989 setzten die Menschen in der DDR für sich die Freiheit durch, über ihr künftiges Leben zu entscheiden. Erst dadurch wurde die Einheit möglich. In einer solchen Perspektive war auch schon vorher jedes eigenständige Denken und Handeln in der DDR ein Schritt zur Freiheit hin. Die Realität dieser Freiheit erwies sich dann in der Debatte über den künftigen Weg. Es waren die Deutschen in der DDR, welche 1989 als Erste die deutsche Einheit auf die nationale und internationale Agenda setzten. Die Demonstranten hatten für sich den Anspruch erhoben, das Volk zu sein, von dem die Macht ausgeht. Und dieses Volk bekannte sich nun mehrheitlich dazu, mit den Deutschen in der Bundesrepublik ein Volk sein zu wollen.

### Das Volk als historisches Subjekt

Man wird schwerlich behaupten können, dass heute die Notwendigkeit dieser Schrittfolge von allen erkannt und gewürdigt wird. Im Osten fehlt zu vielen das Selbstbewusstsein, Geschichte bewegt zu haben und darum auch Geschichte weiter gestalten zu wollen. Im Westen halten nicht wenige die Auseinandersetzungen über den künftigen Weg der DDR im Herbst 1989 für eine peinliche Erinnerung oder für einen gefährlichen Irrtum. Auch will man in den Ereignissen im September und Oktober 1989 keine Revolution erkennen und in den Demonstranten keine geschichtlichen Akteure. Manch westlicher Blick sieht im Osten nur Menschen, die in den Westen wollten, und jubelnde Unterstützer für die auf der großen Weltbühne Handelnden. Damit wird man weder der geschichtlichen Wirklichkeit des revolutionären Herbstes gerecht, noch erkennt

man, worin die eigentliche Leistung von Helmut Kohl und Dietrich Genscher besteht, nämlich die unerwartete Chance entschlossen und gleichwohl behutsam genutzt zu haben. Und man verkennt die Größe Michail Gorbatschows, eine so nicht gewollte Wendung anzunehmen und mitzutragen. Die Bewegter der Geschichte aber waren die Menschen in der DDR und im östlichen Teil Europas.

Vor allem aber begreifen nur wenige, welche Kraft den Begriffen Freiheit und Volk durch 1989 zuwachsen könnte. Eigentlich sind Freiheit und Volk ja die Grundelemente der Demokratie. Aber für viele ist Freiheit heute nur ein Bündel von Individualrechten, das man gegen den Staat und die Allgemeinheit wendet, während der gemeinsame Wert der Freiheit kaum noch gesehen wird. Kann man ernsthaft glauben, es gäbe die Freiheit des Einzelnen außerhalb oder gar gegen den Staat der freiheitlichen Demokratie? Das Wort „Volk“ scheint heute vielen ein Fremdkörper in einer multikulturellen Gesellschaft. Bundestagsabgeordnete beteiligten sich sogar an einer Kunstaktion, welche „Volk“ durch „Bevölkerung“ ersetzte. War ihnen klar, was sie da taten? Es gibt keine Integration ohne ein geschichtlich gewachsenes Volk, zu dem Menschen hinzutreten, um dessen Zukunft mitzugestalten. Wer nicht reich und mächtig ist, braucht heute mehr denn je eine mit anderen verbindende Identität, um mehr zu sein als nur ein Tropfen im globalen Ozean. Ein neuer Sinn von Freiheit und Volk als belebende Frucht auch für heute? Man könnte darüber nachdenken!

### **Künstlerisches und architektonisches Erbe**

Ganz gewiss ist eine Frucht der deutschen Einheit die Chance, das ganze Deutschland kennenzulernen und auch in den vier Jahrzehnten getrennter Vergangenheit nach Gemeinsamem und Verbinden-

dem zu suchen. Dass hier sogar im offiziellen Leben der DDR einiges zu entdecken wäre, fällt schon bei oberflächlicher Betrachtung auf. Man denke etwa an die zeitlich nur leicht versetzte Wiederentdeckung Preußens. Spannend wäre es auch, den – im Osten wie im Westen – widersprüchlichen Umgang mit dem architektonischen und künstlerischen Erbe zu vergleichen. Zwar wurde dessen Nichtachtung unterschiedlich, nämlich einerseits marktwirtschaftlich und andererseits klassenkämpferisch, begründet, aber die Wirkung war schließlich identisch. Interessant wäre es zu erforschen, wie, wann und warum man sich im Entscheidungsgefüge der DDR zu Bauformen der Vergangenheit entschloss. Stattdessen liest man im westlichen Feuilleton über das Berliner Nikolaiviertel oder das Schauspielhaus am Berliner Gendarmenmarkt fast nur schnöselige Bemerkungen. Und bei der überfälligen Renovierung der Berliner Staatsoper sollte der Knobelsdorff kongenial nachempfundene Zuschauerraum von Richard Paulick verschwinden. Über die hochverdiente sächsische Denkmalpflege konnte man im Westen lesen, sie sei „überfordert“. Übrigens ist der Umgang mit zeitgenössischen Bauten aus der Zeit der DDR nicht weniger kritikwürdig, wie der Abriss des Ahornblatts auf der Berliner Fischerinsel zeigt. Und der ständige Gebrauch des Pauschalbegriffs „sozialistischer Plattenbau“ zeugt auch nicht gerade von Urteilsfähigkeit.

### **Kunst und Literatur als Ersatzöffentlichkeit**

Ein besonders ertragreiches Feld, um Gemeinsames zu entdecken und Unterschiedliches zu verstehen, sind Literatur und bildende Kunst. Sie blieben für die Menschen in der DDR eine grenzüberschreitende Quelle von Einsicht und Erlebnis, auch wenn der Blick nach dem Westen behindert war. Die Einheit

schenkte den lang ersehnten Zugang zur kulturellen Vielfalt. In der DDR sollten Kunst und Literatur der Macht zur ideologischen Erziehung dienen. Das war auch oft überdeutlich. Andererseits boten aber Kunst und Literatur eine Möglichkeit zur wirksamen Kritik und zum gedanklichen Konflikt auch im öffentlichen Raum des Sozialismus. Nur wer dies weiß und versteht, kann die geistige Situation in der DDR angemessen beurteilen. Werke der Kunst und Literatur konnten eine Art Ersatzöffentlichkeit sein. Bis 1990 war das kundigen Beobachtern des DDR-Geschehens im Westen auch durchaus klar. Dann verfiel jedoch die Literatur aus der DDR, nachdem man einige ihrer herausragenden Persönlichkeiten mit disqualifizierenden Bemerkungen bedacht hatte, im Westen weitgehend der Nichtbeachtung, sodass es in Deutschland weiterhin eine geteilte Leserschaft gibt. Das gesamtdeutsche Interesse, das neuere literarische Werke aus dem Osten Deutschlands inzwischen auch im Westen finden, lässt auf eine nicht nur ostdeutsche, sondern auf eine gesamtdeutsche Weitung des Horizonts durch die Einheit hoffen.

Spannungsvoller ist bis heute die Haltung zur bildenden Kunst aus der DDR. Sie ist, nachdem man sie schon vor 1990 im Westen zu sammeln begonnen hatte, aus den dortigen Museen oft wieder verschwunden. Vor allem aber wurde sie zum Gegenstand heftiger Polemik. Einerseits wurde sie pauschal als „sozialistischer Realismus“ und „Auftragskunst“ abqualifiziert und bei einer Ausstellung in Weimar mit nazistischer Kunst auf eine Stufe gestellt. Andererseits wurden Malerei und bildende Kunst aus der DDR bei großen Ausstellungen in Nürnberg, Leipzig und Berlin in angemessener Weise präsentiert. Oft wird in diesen Konflikten der schon in der Bundesrepublik umstrittene Anspruch der abstrakten Kunst, die einzig wahre Kunst zu sein, auf einem größeren

Schlachtfeld und mit gröberen Waffen fortgesetzt. Die 2009 in Berlin präsentierte Ausstellung „60 Jahre – 60 Werke“ folgte sogar der absurden These, nur unter der Grundgesetzgarantie der künstlerischen Freiheit könne wahre Kunst entstehen. Zweifellos gibt es heute in ganz Deutschland eine ernsthafte und differenzierend bewertende Auseinandersetzung mit der Kunst in der DDR, aber selbstverständlich ist das durchaus noch nicht. Hier ist noch viel zu entdecken.

Die Weite und den Reichtum deutscher Kultur und Geschichte zu erfahren und in dieser Begegnung Menschen zu erleben und den eigenen Sinn zu erweitern wäre eine köstliche Frucht der Einheit. Besonders enttäuschend nach 1990 ist das Desinteresse vieler junger Menschen im Westen an ihrer größer gewordenen Heimat. Nicht einmal die nachweisbare Chance, im Osten unter besseren Bedingungen studieren zu können, hat gegen hartnäckige Vorurteile viel bewirkt. Erst jetzt deutet sich ein größerer Wandel an. Aber dass dieser unter der Losung steht, man ziehe „nach Fernost“, ist bezeichnend.

### Freiheit zum Streit

Eine wertvolle Frucht der Einheit ist die Chance zum gesamtdeutschen Diskurs, insbesondere für die Deutschen aus der DDR. Denn ihnen waren seit Jahrzehnten der freie Gedanke und das offene Wort in der Öffentlichkeit verwehrt. Zwar gab es den geschützten Raum der Kirchen. Und ihnen ist zu danken, dass durch die „Runden Tische“ eine friedliche Revolution gelang. Dennoch bot für Jahrzehnte der vertraute und überschaubare Kreis von Gleichgesinnten oder ähnlich Denkenden die einzige Chance zum offenen Gespräch. Doch das ist meist nicht der Ort, wo man sich im Streit der Argumente bewähren und selbst überprüfen muss und wo man die Kunst der überzeugenden Rede übt.

Zwar lernte man, zwischen den Zeilen zu lesen und jeder offiziellen Äußerung zu misstrauen, jedoch nicht, Argumentationen auf ihre Stimmigkeit und Denkkategorien auf ihren Gehalt abzuklopfen. So mussten viele in der Einheit die demütigende Erfahrung machen, mit schwerer Zunge zu reden und ihre Erfahrung nur mühsam in den gesamtdeutschen Meinungsaustausch einzubringen. Dass nicht wenige aus dem Westen auch gar nicht zuhören oder gar Neues lernen wollten, machte die Sache noch schlimmer. Zu oft erwies sich, dass sich die Menschen in der DDR zwar jetzt gern die Freiheit nahmen, zu sagen, was sie dachten und fühlten, jedoch nicht bereit waren, ihre Position im Konflikt durchzuhalten oder diese aus einsichtigen Gründen zu korrigieren. Zu viele reagierten im freiheitlichen Diskurs wie früher in der marxistisch-leninistischen Schulung: Sie dachten sich ihren Teil und hielten den Mund. Mit der heranwachsenden Generation ändert sich diese Haltung. Aber die Enttäuschung, auch in der Freiheit mit ihrer Meinung auf Widerspruch zu stoßen, sitzt bei manchen im Osten tief. Die Freiheit zum Streit hat für sie einen bitteren Nachgeschmack.

### Asymmetrische Vereinigung

Warum gibt es kaum eine Frucht der Einheit, die Ost und West gleichermaßen mundet? Die Antwort darauf liegt auf der Hand: Die Vereinigung war asymmetrisch, und sie konnte auch nur asymmetrisch sein. Im Leben hat alles seinen Preis. Für die deutsche Einheit mussten überdies von Ost und West unterschiedliche Preise gezahlt werden. Für die Deutschen im Westen bedeutet der Vereinigungsprozess eine enorme finanzielle Bürde, die trotz gelegentlicher Maulerei eine außerordentliche Solidaritätsleistung darstellt. Für die Deutschen im Osten bedeutete es, faktisch über Nacht zu Lehrlingen zu werden und zu Einwanderern im eigenen Land. Oft wird gesagt,

dies sei die Folge des Entschlusses, die Einheit durch Beitritt zur Ordnung des Grundgesetzes herzustellen. Eine neue gesamtdeutsche Verfassung hätte die Asymmetrie vermieden. Dass von einer gesamtdeutschen Verfassung eine symbolische Wirkung hätte ausgehen können, ist zwar nicht zu bestreiten, aber gleichwohl ungewiss. Denn es wäre eine Wirkung wider die Realität gewesen. *Erstens* folgte der Entschluss zum Beitritt dem Willen der Mehrheit der Deutschen in der DDR, die so leben wollten wie die Deutschen in der Bundesrepublik. *Zweitens* entsprach der Beitritt dem Erfolg der Bundesrepublik im Wettstreit der Systeme und ihrer Bedeutung für einen gelingenden Transformationsprozess. Wer erlauben will, was ihre Leistungsfähigkeit für die Lebensqualität vieler Deutscher im Osten bedeutet, möge sich im östlichen Teil Europas umsehen. *Drittens* nutzte der Beitritt eine günstige internationale Situation, von der niemand wusste, wie lange sie andauern würde.

Und worauf hätte sich die symbolische Wirkung einer neuen Verfassung denn gründen sollen? Es gab keine gemeinsame politische Position der Deutschen in der DDR, die in der Verfassung ihren Ausdruck hätte finden können. Der basisdemokratische Verfassungsentwurf einer Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches konnte diesen Anspruch jedenfalls nicht erheben. Zu befürchten war allerdings, dass die anstehende radikale Umstellung so gut wie aller Lebensumstände im Osten Deutschlands die Illusion nähren würde, durch soziale Rechte, insbesondere durch ein „Recht auf Arbeit“, negative Folgen ausschließen zu können. Wer solche Forderungen erhob, hätte eindrucksvoll auf reale Missstände verweisen können. Auch wenn die Mehrheit der Ostdeutschen dies wohl nicht mitgetragen hätte, so wäre doch dadurch die einheitsstiftende Wirkung einer neuen Ver-

fassung stark gemindert worden. Der Beitritt war der richtige Weg zur Einheit.

Nicht richtig war es, die alte Bundesrepublik auf das „Beitrittsgebiet“ detailgetreu zu übertragen und so faktisch die bisherige DDR einzugemeinden. Laut Beschluss der Volkskammer waren die Deutschen in der DDR der Ordnung des Grundgesetzes beigetreten und nicht allen rechtlichen Regelungen bis hin zum letzten Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK). Gerade wegen des Beitritts hätte alles getan werden müssen, um den Bürgern der neuen Länder ein Höchstmaß an eigenen Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Denn nicht zuletzt dafür waren sie schließlich auf die Straße gegangen. Vergeblich forderte damals Kurt Biedenkopf Freiräume für eigene rechtliche Regelungen, zumindest *ad experimentum* für eine Übergangszeit. Dabei hätte man sich eigentlich dessen erinnern müssen, dass sich die Bundesrepublik das dichte Netz rechtlicher Regelungen erst im Verlauf von Jahrzehnten zugelegt hatte. Für eine Aufbausituation wie nun im Osten war es nicht geeignet. Überdies machte es den massenhaften Einsatz von Personal aus den alten Bundesländern erforderlich, was wiederum im Osten den Eindruck von Fremdbestimmung verstärkte. Zu selten gelang eine gute Verbindung von westdeutscher Kompetenz und ostdeutschem Gestaltungswillen. Zu viele im Westen und aus dem Westen meinten, sie wüssten allemal besser, was jetzt im Osten nottue. Schon die Regierung de Maizière war als „Laienspielschar“ verhöhnt worden. Die Treuhandanstalt, obwohl sie für die Menschen im Osten Deutschlands tätig werden sollte, wusste zu wenig von der Realität der DDR-Wirtschaft und meinte, vor allem auf westliche Kompetenz und auf westliches Interesse setzen zu sollen, statt systematisch einen neuen Mittelstand im Osten zu fördern. Es soll hier kein negatives

Pauschalurteil über die Treuhandanstalt und ihre Mitarbeiter gefällt werden, aber ihr Bild im Osten ist bis heute verheerend.

Am schlimmsten aber war, dass zu wenige im Westen Deutschlands die Einheit als Chance zu gesamtdeutschen Reformprojekten begriffen. Eigentlich waren die Ostdeutschen nur als Hilfstruppen für westdeutsche Anliegen willkommen. Dabei hatte in der alten Bundesrepublik bereits vor der Einheit eine beachtliche Reformdebatte begonnen. Doch Sieger sind nur selten reformwillig. So fiel das vereinigte Deutschland in seinem Reformwillen hinter west- und nordeuropäische Länder zurück, obwohl es Reformimpulse aus dem Osten gab. Ein augenfälliges Beispiel dafür ist die Bildungspolitik. Es war die CDU in Sachsen und Thüringen und bis zur Landtagswahl von 1994 auch in Sachsen-Anhalt, welche ein neues Schulmodell einführte, das den unfruchtbaren Streit um Gesamtschule oder gegliederte Schule überwand und ein achtjähriges Gymnasium schuf. Darin wurde sie jedoch nicht unterstützt, sondern behindert. Der Beschluss der KMK von 1995, mit dem das sächsische und thüringische Abitur endlich anerkannt wurden, zwang dem achtjährigen Gymnasium eine Stundenzahl und eine Stoffmenge auf, die auf dessen Misserfolg zu zielen schienen. Dennoch wurde das Gymnasium in Sachsen und Thüringen ein Erfolg, während jene alten Länder, die sich dann doch zum achtjährigen Gymnasium entschlossen, so selbst ihren Erfolg erschwerten. In der Hochschulpolitik gab es ähnliche Erfahrungen.

Ein Blick zurück im Zorn? Nein! Wohl aber eine Mahnung zu mehr Offenheit und Wirklichkeitssinn im Umgang mit der deutschen Einheit, ihren Früchten und ihrem Preis. Denn an Gestaltungs- und Erneuerungsaufgaben ist in Deutschland weiterhin kein Mangel.